Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald — Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags — Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2.15 Mk., in Württemberg 2.28 Mk. vierteljährlich, dazu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Petitzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 61 — Mittwoch den 12. März 1919 — 36. Jahrgang.

Frankreichs Pläne im Saargebiet

Die Franzosen können es nicht lassen, Katastrophenpolitik alten Stils zu treiben. Das französische Volk stirbt, der Weltkrieg mit seinen ungeheuren Verlusten hat es ins Herz getroffen; über kurz oder lang muß das deutsche Volk wieder zur Besinnung kommen und in geordneter Arbeit auch ein geordnetes bürgerliches Leben führen. Ein oder zwei Jahrzehnte noch, dann wird, mit Deutsch-Oesterreich zusammen, die deutsche Menschenanzahl doppelt so groß sein, wie die französische. Gebrochen kann die deutsche Kraft, der deutsche Wille zum Leben nur dann werden, wenn man ihn für immer in Ketten legt. Das ungefähr ist die Folgerung der französischen Staatsmänner aus der Schule Clemenceaus. Das deutsche Volk muß um jeden Preis an seinem Lebensnerv getroffen werden, daß es nie wieder die alte Höhe erreichen kann. Vor allem ist es auf dessen Rohstoffe abgesehen. Der Völkerbundsentwurf Wilsons ist abgelehnt und dafür derjenige Lloyd Georges angenommen worden, der fast einem Zwangssyndikat zur Niederhaltung und dauernden Kontrolle Deutschlands nahe kommt. Nur wenn Deutschland auch sein künftiges Wohlverhalten beweist, soll es vom Völkerbund die Rohstoffe überwiesen bekommen, die es zur Ernährung seiner Bevölkerung, vor allem aber zur Aufrechterhaltung der Arbeit seiner Industrie benötigt. Das scheint aber den Herren Clemenceau, Pichon, Klotz usw. noch immer nicht genug. Mit Elsaß-Lothringen haben sie vorläufig einen großen Teil der deutschen Erzförderung und einen großen Teil der deutschen Kalilager beschlagnahmt. Nun soll auch der deutsche Kohlenbesitz so weit verkleinert werden, wie es nur irgend geht. Am liebsten sähen die Franzosen, daß die oberschlesischen Kohlenlager in den Besitz der Tschechen und Polen übergingen. Und im Saarbrückener Gebiet sind sie selbst an der Arbeit.

Der Saarbrückener Bergbau weist nach den Arbeiten des letzten Friedensjahres eine Förderung von 1,27 Millionen Tonnen Kohlen auf und beschäftigt über 50 000 Bergarbeiter. Ganz Süddeutschland hängt von dieser Saarbrückener Kohle ab. Die süddeutschen Gaswerke, Lokomotiven und Fabriken verheizen das Saarbrückener Produkt. Es ist gar nicht abzusehen, welchen Umschwung der Verhältnisse gerade für die süddeutschen Staaten die gewaltsame Abtrennung des Saargebiets vom deutschen Reichskörper mit sich bringen müßte.

Die Absicht der Franzosen wird erst dann ganz klar, wenn die nicht allgemein bekannte Tatsache aufgedeckt wird, daß die Kohlenlager an der Saar sich auch bis nach Französisch-Lothringen hinein, bis tief gegen Nancy fortsetzen, und daß dort in gewaltigen, bis 2,50 Meter starken Flözen die beste Steinkohle vorkommt. Die Franzosen haben es aus Bequemlichkeit und Unlust an geschäftlichem Wagemut bisher stets unterlassen, sich diese Kohlenlager innerhalb ihrer eigenen Landesgrenzen aufzuschließen. Der französische Kohlenhunger, von dem man in Paris immer spricht, kann also nicht einmal den Schein einer Berechtigung für sich in Anspruch nehmen. Die deutsche Kohle soll soweit wie irgend möglich unter die französische Kontrolle kommen, um als politisches Druckmittel ausgenutzt werden zu können.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Volksernährung.

Weimar 10. März.

Die Sitzung wurde um 2.20 Uhr nachmittags eröffnet. Tagesordnung: Aussprache über die Ernährung.

Abg. Dr. Petersen (Dem.): Die Regierung muß mit aller Wahrheit und Klarheit dem deutschen Volke sagen, wie die Lage ist. Andererseits müssen wir das moralische Gefühl des deutschen Volkes aufrufen. Die Arbeitseinstellungen müssen aufhören, damit die vorhandenen Vorräte nicht aus Furcht vor Unsicherheit vergeudet werden und damit die neue Ernte gesichert ist. Wir fordern die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fische und Eier, weiter den Abbau der Kriegsorganisationen. Zum zweiten haben wir unsere Interpellation eingebracht, um das Gewissen der Welt anzurufen. Wenn wir nicht die Lebensmittel bekommen, die wir haben müssen, dann wird das nicht allein zu einer deutschen, sondern zu einer europäischen Katastrophe führen. Wenn aber der russische Bolschewismus schließlich ganz Europa überflutet, dann mögen die Mächte die Verantwortung tragen, die helfen konnten, aber nicht wollten.

Zur Begründung der Interpellation der Deutsch-nationalen und der Deutschen Volkspartei über die Abstellung des Notstands in der Landwirtschaft erklärt Dr. Semmler (Deutsch-national): Die deutsche Landwirtschaft hätte während des Krieg noch mehr leisten können, wenn man ihr nicht die größten Fesseln angelegt hätte. Die deutsche Landwirtschaft kann unser Volk ernähren, das kann dank der Leistungen unserer Chemie restlos bejaht werden. Wir sind heute in der Lage, unsere Produktion um 40 Prozent gegenüber dem Jahre 1912 auf 1913 zu erhöhen. Eingeführt haben wir nur 20 Prozent. Selbstverständlich arbeiten wir in der Produktion künstlicher Düngemittel, vor allem des Stickstoffs, nicht nachlassen. Ebenso müssen die nötigen Arbeitskräfte herbeigezogen werden, sonst stehen wir 1919 auf 1920 vor einer Katastrophe. Die Landwirtschaft ist jetzt unser einziger Rettungsanker. Wir müssen Vorsorge treffen, daß wir vom Ausland unabhängig werden. Dazu brauchen wir Ruhe und Ordnung. Die Zwangswirtschaft muß abgebaut werden. Die Ablieferung einer bestimmten Menge ist zu verlangen. Im übrigen muß dem Landwirt die volle Freiheit gelassen werden. Die Landwirtschaft kann nur gefördert werden durch Privatbetriebe, nicht durch Sozialisierung.

Das Haus beschließt die gemeinsame Besprechung der beiden Interpellationen.

Ernährungsminister Schmidt: Die Frage der Interpellanten, ob unsere Ernährung bis zum nächsten Wirtschaftsjahr ausreicht, muß ich verneinen. Eine Herabsetzung der schon so niedrigen Lebensmittelraten ist unmöglich; es bleibt also nur möglich, den Fehlbetrag durch Einfuhr aus dem Ausland zu decken. Die Hoffnung auf Aufhebung der Blockade bei Inkrafttreten des Waffenstillstands war trügerisch. Alles spricht dafür, daß der Wirtschaftskampf auch nach dem Friedensschluß mit aller Schärfe fortgesetzt werden soll. Trotz allem stände es nicht so schlimm mit unserer Ernährung, wenn uns nicht durch sinnlose Streiks und politische Unruhen die Einfuhrmöglichkeiten aus dem neutralen und auch aus dem feindlichen Auslande unterbunden worden wären. Wir hätten unserem Volke mancherlei Erleichterungen verschaffen können: wir hätten in nicht geringem Umfange Reis, Oel, Milch, Fleisch und Südfrüchte einführen können, wenn wir dafür Kohlen, Kali und Eisen hätten bieten können. Das Ausland will nicht unser entwertetes Geld, es will unsere Erzeugnisse.

Ich sage es hier vor aller Oeffentlichkeit, daß ich die Verantwortung für die Ernährung der Städte nicht mehr übernehmen kann, wenn nicht Vernunft und Einsicht zurückkehren.

Jeder Streik in den Städten ist jetzt ein Verbrechen an der Nation; aber kein geringes Verbrechen ist es, wenn den Landwirten gesagt wird: Ihr könnt auch streiken. Ich muß leider die Fleischration auf den Stand vor der letzten Erhöhung herabsetzen; wahrscheinlich ist sogar diese verminderte Ration nicht sicher. Als Ersatz sollen Hülsenfrüchte gegeben werden. Bei dem heute noch herrschenden Mangel kann an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht gedacht werden. Maßnahmen zur Aufhebung sind eingeleitet für Frühgemüse und Obst, für die auch die Einfuhr freigegeben werden soll. Ebenso kommen Dörrgemüse, Sauerkraut und Salzgemüse in Betracht. Ich will prüfen, ob die Erfassung der Hülsenfrüchte eine Aenderung in der Richtung verträgt, daß wir vielleicht einen Teil freigeben und im übrigen freigeben, vielleicht auch bei Gerste und Hafer, sowie Heu und Stroh, unter Umständen auch für Eier und für Zucker nach Sicherstellung des Bedarfs. Dagegen muß ich mit aller Entschiedenheit die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide ablehnen, ebenso für Fleisch, Milch und Kartoffeln. Heute aber schon erkläre ich: Wenn nach der Freigabe bestimmter Artikel die planlosen Preistreibereien und die grundlose Ausnützung der Konjunktur fortdauern sollten, so werde ich zu den Höchstpreisen zurückkehren und mit aller Entschiedenheit für ihre Durchführung sorgen.

Wir werden natürlich alles tun, was ge-

Ein Deutscher

Von Otto Ruppius.

„Ich stand noch eine geraume Zeit, die Hand gegen das Herz gedrückt, ratlos," fuhr die Erzählerin nach einem tiefen Atemzuge fort. „Ich hätte meinen Vater wecken sollen, aber ich hätte es nicht über mich gewonnen, selbst ihm eine Nachricht, die ich kaum hätte in Worte fassen können und deren Folgen ich nicht abzusehen vermocht, zu hinterbringen; ich war so unentschlossen und zaghaft, wie noch selten in meinem Leben, und schlich endlich leise nach meinem Zimmer. Aber ich schlief die ganze Nacht nicht, und wenn einmal ein halber Schlummer über mich kommen wollte, schreckte mich das leiseste Geräusch wieder auf. Ich war am Morgen sicher, daß Curry noch im Hause war. Beim Frühstück meldete eine unserer Schwarzen, daß Mrs. Burton wegen Unwohlsein ihr Zimmer nicht verlassen möge; Vater war an dergleichen Launen längst gewöhnt und nickte nur still mit dem Kopfe — ich aber erkannte schnell den Stand der Dinge, und eine unsägliche Unruhe über das, was mir zu tun oblige, überkam mich. Soweit ich meinen Vater kannte, wußte ich, daß ein Bekanntwerden ihm seinen Frieden für lange Zeit nehmen mußte, daß er bei Entdeckung des Geschehenen seine Frau wohl zu irgend einem Uebereinkommen zwingen, sich aber schwerlich öffentlich von ihr trennen würde; daneben aber fühlte ich auch, daß meinerseits ein ferneres Zusammenleben mit dieser Frau völlig unmöglich war. Ich hatte zwei Tage zuvor Briefe von Margaret und John erhalten, und als sich mir jetzt die Notwendigkeit aufdrang, für die Zukunft nach irgend einem Halte außerhalb des väterlichen Hauses zu suchen, war ich mir auch über mein nächstes Handeln bald klar. Ich verbrachte fast den ganzen Morgen damit, meinen Vater schriftlich von dem Nötigen zu unterrichten und den Schritt, den ich zu tun willens war, zu rechtfertigen. Als er aber nachmittags, wie gewöhnlich, nach der Farm ritt, packte ich meinen Koffer, ließ die kleine Kutsche anspannen und mich zu einer Freundin zwei Meilen von der Stadt fahren, wo der Postwagen passieren mußte. Meinen Brief hatte ich auf Vaters Schreibtisch, auffällig ins Auge springend, zurückgelassen und jetzt bin ich hier, um —" setzte sie mit einem halben Seufzer hinzu, „wahrscheinlich das väterliche Haus und den schönen Süden sobald nicht wiederzusehen.

„Was während meiner Reise dort vorgegangen ist, soll ich erst noch erfahren," fuhr Harriet fort. — So!" begann sie von neuem, als wolle sie einen aufsteigenden trüben Gedanken von sich schütteln, „indessen ist das alles noch nicht die Hauptsache, die ich Ihnen mitteilen möchte; Sie sind der Einzige, zu dem ich jetzt sprechen kann; Sie verlassen heute schon das Haus, und so darf ich mir Ihnen umso eher anvertrauen." Sie machte, die Augen niederschlagend, eine kurze Pause, als wisse sie nicht recht, wie mit ihrer weiteren Mitteilung beginnen zu sollen. „John sagt," fuhr sie endlich fort, die Blätter des Buches in ihrer Hand durch die Finger laufen lassend, „Sie seien sein bester Freund — hat er Ihnen etwas inbezug auf mich vertraut?" Nur einen Moment schlug sie das Auge zu ihm auf und ließ es dann wieder sinken.

„Er hat zu mir von seiner innigen Verehrung für Sie gesprochen, Miß," erwiderte Reichardt, der jetzt erst den Zweck des Gesprächs zu erraten glaubte, „er hat auch wohl die Hoffnung, seinen schönsten Wunsch erfüllt zu sehen, geäußert —"

„Und was würden Sie mir raten?" unterbrach sie ihn, noch immer ohne aufzusehen.

„Ich soll Ihnen dabei raten?" rief Reichardt überrascht, „haben Sie denn nicht den besten Ratgeber in Ihrem Herzen?"

Sie blickte rasch, mit einem eigentümlichen Lächeln zu ihm auf. „Und warum folgen Sie nicht Ihrem Herzen, Sir, wenn dieser Ratgeber so untrüglich ist?"

Der junge Mann verfärbte sich leicht. „Ich verstehe Sie nicht, Miß!" sagte er nach einer augenblicklichen Pause.

„O meinen Sie wirklich, auch gegen mich den Geheimnisvollen spielen zu können?" erwiderte sie. „Betrügen Sie sich selbst und die ganze Welt," fuhr sie, sich plötzlich erhebend, fort, während ein wunderbarer Glanz in ihr Auge trat, „Harriet Burton aber betrügen Sie nicht, Sir, und Harriet will Sie glücklich wissen! Ich darf Ihnen Eins sagen, und ich will es," fuhr sie erregt fort, ihre Hand leicht an den Arm des sich erhebenden Reichardt legend, „John ist noch der einzige Mann, der ich mir jetzt in Verbindung mit mir denken könnte; aber Sie möchte ich auch keinem anderen Weibe gönnen, als nur Margaret!"

„Harriet, um Gotteswillen!" rief Reichardt, und die Sprache schien ihm im plötzlichen Schrecken versagen zu wollen; in ihrem Auge aber, das dunkel und groß auf ihm ruhte, zitterte es wie eine gewaltsam unterdrückte Empfindung.

„Sie sollen Vertrauen zu mir haben, Sir, oder ich nehme es mir!" sagte sie, während ihre Hand von seinem Arme glitt; „die größten Seiten an Ihnen scheinen nur da zu sein, um Unglück anzurichten, aber ich werde es diesmal verhüten! Warum wollen Sie fort, Sir, wenn Sie nicht meinen, Ihr Herz habe Ihnen einen schlimmen Streich gespielt, dessen Folgen Sie mit Aufopferung Ihres Glückes vorbeugen müssen? Sagen Sie doch, daß das, was mir mein Gefühl im ersten Moment gesagt und meine Augen dann bestätigten, falsch war, sagen Sie es doch, wenn Sie können!"

„Miß Harriet," erwiderte Reichardt, der mit Mühe die ihn erfassende Verwirrung niederzukämpfen suchte, „wenn Sie nicht wollen, daß ich sofort das Haus verlasse, so ziehen Sie weder mich, noch meine Verhältnisse in unser Gespräch —" er mußte von einer Erregung, die alles Blut nach seinem Herzen zu treiben schien, innehalten.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

eignet erscheint, die Produktion zu erhöhen. Ich bedauere, daß unsere jungen Leute nicht auf das Land hinauszubekommen sind. In der Frage der Düngemittel sind leider unsere Hoffnungen auf eine ausreichende inländische Erzeugung durch die 14tägigen Streiks in der Stickstoffindustrie vernichtet worden. Unsere Lebensmittelversorgung in diesem Jahre steht also auf sehr unsicherer Grundlage. Nur eine ruhige Entwicklung im Innern und eine menschliche Einsicht unserer Gegner kann uns retten.

Unterstaatssekretär Edler v. Braun gibt einen eingehenden Bericht über die Ernährungsverhandlungen in Spaa. Wir haben den Abbruch nur als eine Maßnahme der gegnerischen Vertretung aufgefaßt, sich bei ihren Regierungen neue Informationen zu holen. Unsere Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Neue Verhandlungen werden kommen und auf die Dauer wird sich die Welt ihren Verpflichtungen, die sie Deutschland gegenüber hat, nicht entziehen können.

Abg. Schiele (D.N.) erstattet den Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft für eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte und zur Förderung der dringendsten Arbeiten in der Landwirtschaft.

Abg. Blum (Z.): Ich kann für alle meine Berufsgenossen sprechen, wenn ich sage, daß wir Landwirte unter keinen Umständen streiken werden. Ich bin mit dem Minister durchaus einverstanden, inbetreff der Erzeugnisse, für die die Zwangsbewirtschaftung beibehalten werden muß. Je mehr wir in der Lage sind, zum freien Handel überzugehen, umso mehr wird der Schleichhandel aufhören. Die Spartakusunruhen haben sehr zur Erschütterung unseres Ernährungswesens beigetragen.

Abg. Wurm (U.S.P.): Wir brauchen heute noch auf allen Gebieten die Zwangswirtschaft und Rationierung mehr noch, als während des Kriegs. Auch ohne die Streiks hätten wir uns nicht bis zur nächsten Ernte ernähren können. Vorerst müssen wir an die Arbeiterschaft in allen Ländern appellieren, damit das deutsche Volk nicht verhungert.

Reichsminister Dr. David: Gegenüber dem Vorwurf, die Regierung sei mit sozialen Konzessionen zu spät gekommen, verweise ich darauf, daß die Regierung rascher mit Gesetzentwürfen hätte kommen können, wenn die Unruhen im Lande ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch genommen hätten. Wenn die Streiks sich gegen das Leben der Gesamtheit wenden, muß jeder verständige Arbeiter einsehen, daß das Streiken ein Verbrechen ist.

Abg. Eisenberger (Bayr. B.B.): Man möge vor allem auch an das Pflichtgefühl der Großgrundbesitzer appellieren. Im Kriege hat der Großgrundbesitz es daran sehr fehlen lassen, während der mittlere und kleinere Bauernstand im vollen Maße seine Pflicht getan hat. Wer sein Land nicht bebaut, hat kein Recht Land zu besitzen. Der Großgrundbesitz muß aufgeteilt werden.

Abg. Sollmann (Soz.): Ich erkenne an, daß die Landwirtschaft während des Kriegs Gewaltiges geleistet hat. Aber dringend warnen möchte ich doch vor einer weiteren Erhöhung der Preise. Jedenfalls ist jetzt nicht die Zeit für den Uebergang von der Zwangswirtschaft zum freien Handel. Die Streikbewegung, die wir jetzt erleben, ist im Grunde genommen eine Hungerkrankheit. Auch in der Ernährungsfrage haben sich bisher alle Hoffnungen auf die ausländischen Sozialisten als Täuschung erwiesen. Vor allen Dingen tut uns angestrengte Arbeit not, die allein den Hunger vertreiben kann.

Abg. Dusche (D.V.): In den Städten sieht man Tausende von Arbeitslosen auf den Straßen, während auf dem Lande keine Arbeiter zu bekommen sind. Die bescheidenste Sozialisierung in der Landwirtschaft wäre der größte Ruin Deutschlands. Der Landwirt braucht höhere Preise, sonst stehen wir vor einer Katastrophe.

Reichsminister Schmidt lehnt eine Erhöhung der Preise ab. Allerdings könne auch eine Senkung bei den meisten Erzeugnissen nicht in Frage kommen.

Der Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses wird angenommen. Schluß ½9 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 10 Uhr: Interpellation Arnstadt über das Verhältnis von Staat und Kirche.

Weimar 11. März.

Eröffnung der Sitzung um 10.20 Uhr.

Auf die Frage des Abg. Lahmann (Soz.), was die Regierung zur restlosen Erfassung der auf dem Lande vielfach verborgen gehaltenen Kartoffelbestände zu tun gedenke, erwidert Ernährungsminister Schmidt, daß die zuständigen Behörden wiederholt zu scharfer Bewachung aufgefordert wurden und daß die Versendung bei Eintritt frostfreien Wetters in verstärktem Maße wieder aufgenommen werden.

Es folgt die Interpellation Arnstadt u. Gen. über das Verhältnis von Staat und Kirche.

Abg. Mumm: Es ist das Empfinden weitester Volkskreise, daß wir an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes stehen. Unser armes Volk braucht im Innern Ruhe und Frieden; aber die Herren Ebert und Scheidemann haben ihm diesen Frieden nicht gegönnt. Eine ihrer ersten Taten war, den Sprecher der freireligiösen Gemeinde Herrn Adolf Hoffmann an die Spitze des preußischen Kultusministeriums zu stellen. Der sächsische Volksbeauftragte Hug habe auch die Simultanschule durchgeführt, ohne irgendwie für den konfessionellen Religionsunterricht zu sorgen. Durch Hug sei die Brandfackel des religiösen Zwistes in die Bevölkerung hineingeschleudert worden. In Braunschweig wurden die Schulkinder durch sog. Volkskommissare zu einer antichristlichen Weihnachtsfeier im Dom zusammengebracht, bei der es gerade zu unglaublich zuging. In Mecklenburg planen die Gewalthaber die konfessionslose Einheitsschule. Wir fordern für unsere Kinder die christliche Schule und den christlichen Religionsunterricht. Wie positiv zu verfahren ist, zeigt Württemberg.

Neues vom Tage.

Der Vorfrieden.

Berlin, 11. März. Gestern waren unter dem Vorsitz des Reichsministers des Aeußern Graf v. Brockdorff-Rantzau die Vertreter der an den Friedensverhandlungen beteiligten Reichsbehörden, etwa 70 Personen, versammelt. Der Minister teilte mit, daß die Verhandlungen um den 20. März herum beginnen. Darauf wurde von verschiedenen Seiten über die bisherigen Vorarbeiten Bericht erstattet.

Auflösung der Fideikommisse.

Berlin, 11. März. Der preußischen Landesversammlung soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der die Neuerrichtung von Familiengütern verbietet und die Auflösung der bestehenden vorsieht.

Die sächsische Regierung.

Berlin, 11. März. Die Unabhängige Fraktion der sächsischen Volkskammer lehnte die Beteiligung an der Regierung ab. Wahrscheinlich wird ein sozialistisch-demokratisches Ministerium gebildet werden.

Die Wahlen in Sachsen-Weimar.

Weimar, 10. März. Nach dem bisherigen Ergebnis der Landtagswahlen wurden abgegeben: Deutsche dem. Partei 34335, D. N. V. P. 29237, Soz. 61733, D. V. P. 6268, U. S. P. 14963, Zentrum 4411 Stimmen. Es fehlen noch etwa 100 Ortschaften.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 11. März. Am 22. und 23. März soll in Weimar eine gemeinsame Sitzung von soz. Parteiausschuß, soz. Fraktion der Nationalversammlung und Kontrollkommission stattfinden, in der u. a. über die Abhaltung eines Parteitags entschieden wird.

Die Zentralvorstandssitzung und der Vertretertag der Deutschen Volkspartei werden voraussichtlich am 5. oder 6. April in Jena abgehalten werden.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 11. März. Am 13. März finden in Brüssel die Verhandlungen über die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, die Lebensmittellieferung und die damit zusammenhängenden Finanzfragen statt.

Berlin, 10. März. General Rudant gab die Gesamtzahl der aus Haidar Pascha (Konstantinopel) heimzuführenden Militärpersonen auf 18500 Mann an, von denen 9900 auf 6 Schiffen auf dem Rücktransport sich befinden. — Eine Postverbindung mit den in Sibirien internierten deutschen Kriegsgefangenen, deren Zahl Nansen auf 1060 Offiziere und 15238 Mann angibt, ist hergestellt. Die Briefsachen sind an das schwedische Rote Kreuz zu richten. Die Ablieferung von deutschen Kriegsmaterial an die Entente war am 7. März beendet. Die Schweiz wird die Weiterleitung der 2000 in französischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Schwerverwundeten übernehmen. Die deutsche Kommission legte wiederholt Verwahrung ein gegen die Handelsspionage, welche französische Chemiker und Physiker in Offiziersuniform in der Badischen Anilin- und Sodafabrik ausüben.

Die Unruhen in Berlin.

Berlin, 11. März. Der Schwerpunkt der Straßenkämpfe ist nach Lichtenberg verlegt. Die Spartakisten haben sich in verschiedenen Nestern festgesetzt, die jetzt mit Hilfe von Aufklärungsfliegern von den Regierungstruppen mit Artilleriefeuer belegt werden. Die Aufrührer haben verschiedene starke Barrikaden errichtet, die zum Teil mit Unterständen versehen sind. Die Bewohner Lichtenbergs sind in die Keller geflüchtet. Gestern wurde das große Lebensmittellager am Frankfurter Ringbahnhof vollständig geplündert, ein großer Teil der Vorräte ist vernichtet. Die zur Bewachung aufgestellte republikanische Soldatenwehr machte mit den Spartakisten gemeinsame Sache. Gestern wurden 52 Personen, darunter viele Matrosen, standrechtlich erschossen.

In Lichtenberg wurde ein unbewaffneter Jäger, der auf einem Fahrrad fuhr, von einer Anzahl junger Burschen und Weiber derart geschlagen, daß er als formlose Masse tot liegen blieb.

Ein Zahlmeister in Zivil wurde auf der Straße von einem Spartakisten festgenommen mit der Drohung des Erschießens. Mit 1700 Mark, die er bei sich hatte, kaufte er sich frei.

Die Regierungstruppen haben Teile von Lichtenberg besetzt. Die Spartakisten haben von ihrer Führung den Auftrag erhalten, sobald sie sich umzingelt sehen, die Waffen fortzuwerfen und harmlose Passanten zu spielen. Durch diese Maßnahme hoffen sie, der Verurteilung durch das Standgericht zu entgehen.

Einer der gefährlichsten Führer der Spartakisten, Jogisches, wurde während der Straßenkämpfe verhaftet und sollte gestern durch einen Soldaten dem Untersuchungsgefängnis zugeführt werden. Im Gebäude des Kriminalgerichts in Moabit griff er den Soldaten an und wurde von diesem auf der Stelle niedergeschossen.

Von den Beamten und den Regierungstruppen wird unter den vielen Russen, die im Berliner Scheunenviertel Unterschlupf gefunden haben, ohne daß sie sich polizeilich meldeten, gründlich aufgeräumt. Ungefähr 200 russische Staatsangehörige wurden verhaftet.

Im Leichenhaus liegen allein etwa 200 Tote. Im Berliner Polizeipräsidium wurden 6 Matrosen, die im Kampf gegen die Regierungstruppen gefangen genommen worden waren, standrechtlich erschossen.

Der Lohnausfall in dem achttägigen Generalstreik wird für Berlin auf 2¾ Millionen berechnet. Die Großindustriellen wollen die Streiktage nicht bezahlen, selbst wenn die Betriebe dauernd geschlossen werden müßten.

Nach Mitteilungen im Berliner Bürgerausschuß haben 182 Zivilpersonen ihr Leben verloren, ohne die von Spartakisten erschossenen Beamten der behördlichen Institute. Ueber 340 Häuser sind durch die Geschützkämpfe schwer beschädigt, 18 Häuser sind vollständig zerstört worden. Der angerichtete Sachschaden wird bis jetzt auf einige hundert Millionen Mark geschätzt.

Der Generalstreik.

Essen, 11. März. Bei einer Kundgebung in Hamborn kam es zu Schießereien, wobei u. a. zwei Kinder getötet wurden. Die Gesamtzahl der Ausständigen betrug gestern 15600 Mann.

Mülheim a. Rh., 11. März. Die Hochofenarbeiter der Friedrich-Wilhelm-Hütte Deutsch-Luxemburg haben gestern nachmittag infolge von Streitigkeiten bei der Lohnauszahlung sämtliche Hochöfen ausgeblasen. Dieses Vorgehen, das dem Werk ein Vermögen kostet, wurde von der revolutionären Arbeiterschaft und den hinter ihr stehenden Parteien in einer außerordentlichen Versammlung ausdrücklich verurteilt. Die Parteien lehnen jede Verantwortung ab.

Cuxhaven, 11. März. Eine neue Umsturzbewegung konnte durch die Verhaftung der Rädelsführer und Obermatrosen im Keime erstickt werden.

Leipzig, 11. März. Nachdem der Generalstreik der Arbeiter abgebrochen worden ist, ist auch der Bürgerstreik für beendet erklärt worden. Die Arbeit soll in allen Betrieben heute früh wieder aufgenommen werden, doch werden verschiedene große Fabriken wegen Kohlenmangels gezwungen sein, vorläufig weiter zu feiern. Eine Lohnnachzahlung für die Streiktage findet nicht statt. Die Zeitungen sind heute zum Teil wieder erschienen.

Beuthen, 11. März. Im Ausstand befinden sich gegenwärtig 90 Grubenbetriebe mit ungefähr 20000 Mann und 3 Hütten, nämlich Laurahütte, Borsigwerk und Julienhütte. Vielfach haben sich die Arbeiter nur widerwillig dem Ausstande angeschlossen. Von einem Generalstreik kann nicht die Rede sein.

Graudenz, 11. März. Ueber die Kreise Strasburg, Briesen, Thorn und Kulm wurde wegen des Vordringens der Spartakisten nach Osten der Belagerungszustand verhängt.

Der Krieg im Osten.

Libau, 11. März. Der Kampf um Laisechew und Bahnhof Ringen war sehr schwer. Zahlreiches Gerät Artillerie, Munition und eine Fahne wurde erobert. Vorgeschobene Kavallerie erreichte Martynischki (nordöstlich Popeljany). Die Eiserne Division und die Landeswehr sind im Vormarsch auf die Linie Waddaxen—Neu-Autz — Eckhof — Altschrunden — Sesiglen (westlich Frauenburg) — Wormen (südöstlich Goldingen). Die bolschewistische Bedrohung Litauens wurde durch rasche umfassende Gegenmaßnahmen der Landeswehr vereitelt.

Moskau, 11. März. Die Truppen der Sowjetregierung nähern sich Cherson; die Stadt wird bereits mit schwerem Geschütz beschossen. In Riga ist am 2. März der Rätekongreß der Sozialdemokraten Lettlands eröffnet worden.

Die russische Presse meldet, daß auf einer Reihe von Linien der Personenverkehr eingestellt worden ist, um Holz und Lebensmittel befördern zu können. — Der Abzug der Entente-Truppen aus Odessa dauert fort. Unter den Truppen herrscht große Disziplinlosigkeit. In der Krim und im Gouvernement Witebsk herrscht Hungersnot.

Neuyork, 11. März. Nach einer Meldung des „Herald" haben die Bolschewiki am 1. März an der Archangelskfront angegriffen, die Engländer im Vagabezirke zurückgedrängt und Yeosiewskaya gestürmt. An der Murmanfront nahmen die Engländer Segeja.

Moskau, 11. März. (Havas.) Die Sowjetregierung hat alle in Rußland gefangen gehaltenen Franzosen freigelassen.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 11. März. Die Pariser Presse ist sehr befriedigt darüber, daß der Oberste Kriegsrat die bedingungslose Auslieferung der deutschen Handelsflotte beschlossen hat. Die Bedingungen sollen unter Umständen noch verschärft werden. Es müsse verhütet werden, daß Deutschland nach Friedensschluß mit einzelnen Staaten Sonderhandelsverträge abschließe. Für Deutschland dürfe als Käufer und Verkäufer nur der gesamte Völkerbund in Betracht kommen, weil sonst keine wirksame Beeinflussung des deutschen Wirtschaftslebens möglich wäre.

Einigen Blättern zufolge soll Deutschland nach Auslieferung seiner Handelsflotte monatlich 250000 Tonnen Lebensmittel erhalten.

Bern, 11. März. (Schweiz. Tel.-Ag.) Wie verlautet, sollen in wenigen Wochen die Ausfuhrbeschränkungen für die schweizerischen Industrien zum mindesten stark gemildert, wahrscheinlich aber fast ganz aufgehoben werden. Die Durchfuhrbestimmungen bei Versendungen nach dem Norden sollen dieser Tage vereinbart werden.

Das künftige deutsche Heer.

Paris, 10. März. (Reuter.) Der Oberste Kriegsrat bestätigte heute seinen Beschluß vom Samstag, wonach das deutsche Heer ein Freiwilligenheer sein muß. Man setzte die Stärke dieses Heeres auf nur **100000 Mann,** statt 140000 Mann wie ursprünglich geplant, fest. Die Soldaten müssen sich auf 12 Jahre verpflichten.

Der Oberste Kriegsrat bestimmte die Zahl der Geschütze, Maschinengewehre und Gewehre, die Deutschland behalten darf. Deutschland soll keine Tanks und keine Kriegsflotte mehr haben, nur 15000 Matrosen behalten und nur wenige Flugzeuge besitzen. Vorräte an Material und Munition, die die festgesetzte Grenze überschreiten, müssen vernichtet und dürfen nicht ersetzt werden.

Keine gerichtliche Verfolgung des Kaisers.

Paris, 10. März. (Reuter.) Wie verlautet, kommt die Kommission zur Untersuchung der Verantwortlichkeit in ihrem Bericht zu dem Entschluß, daß unter dem heutigen internationalen Gesetz der frühere deutsche Kaiser und seine Ratgeber nicht vor Gericht gebracht werden können.

Laut „Homme Libre", dem Blatt Clemenceaus, soll von der Kommission zur Feststellung der Verantwortlichkeit grundsätzlich beschlossen worden sein, Wilhelm II. vor einen interalliierten Gerichtshof zu stellen.

Paris, 11. März. (Havas.) Der Prozeß gegen Cottin, der das Attentat auf Clemenceau verübt hat, beginnt am 15. März.

Den englischen Soldaten wird es zuviel.

Paris, 11. März. Der amerikanische Pressedienst meldet, im Zehnerrat habe Lloyd George ein Telegramm des englischen Befehlshabers im besetzten Gebiet verlesen, wonach die englischen Soldaten eher meutern, als noch länger das Hungersterben der Frauen und Kinder mitansehen wollen. Darauf sei beschlossen worden, sofort mit der Lieferung der Lebensmittel zu beginnen, falls Deutschland die Schiffe stelle, um monatlich 70000 Mann amerikanischer und anderer Truppen heimzubefördern. Mit denselben Schiffen können die zugesagten Lebensmittel nach Deutschland geführt werden.

Wallonische Ansprüche.

Brüssel, 11. März. Eine Versammlung von Wallonen nahm eine Tagesordnung an, die die Wiedereinverleibung des wallonischen Gebietes Rheinpreußens in Belgien, die Eingliederung Luxemburgs in Belgien, sowie volle Freiheit für die Schelde verlangt.

Der Kanaltunnel als Notstandsarbeit.

London, 11. März. Im Unterhause erklärte Bonar Law, er stehe mit Lloyd George in Verbindung wegen der der französischen Regierung zu unterbreitenden

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

den Vorschläge, unverzüglich mit dem Bau eines Tunnels unter dem Aermelkanal zu beginnen, um für die entlassenen Soldaten eine neue Arbeitsmöglichkeit zu schaffen.

Die Amerikaner gegen den Völkerbundsentwurf.

London, 11. März. Der „Times" wird aus Washington gemeldet: Das wichtigste Ereignis hier ist eine Rede, die der Vorsitzende des Nationalen Ausschusses der republikanischen Partei, Hayes, hielt und in der er mitteilte, daß die republikanische Partei sich mit den Auffassungen des (demokratischen) Senators Lodge einig erkläre. Die Amerikaner sollen zwar allen Ernstes nach Mitteln suchen, um Kriege in der Zukunft zu verhindern, sie wollen aber keine bestimmte Form von Internationalisierung als Ersatz für den amerikanischen Nationalismus annehmen. Auch Taft hat sich für eine Umarbeitung des Völkerbundsentwurfs ausgesprochen.

Berlin, 11. März. Heute mittag wurde ein bewaffneter Spartakist festgenommen, in dessen Besitz für 300 000 Mk. geraubte Juwelen gefunden wurden. Er wurde sofort standrechtlich erschossen.

Nach den vorliegenden Meldungen wurden bei der Erstürmung des Volksmarinehauses erbeutet: 2 Feldgeschütze, 126 Maschinengewehre, über 4000 Gewehre, mehrere hundert Revolver, außerdem gewaltige Vorräte an Lebensmitteln, Wolldecken und sonstigem unterschlagenem Militärgut.

Berlin, 11. März. Der Zentralverband der Film- und Kinoangestellten hat den Generalstreik für die gesamte Filmindustrie erklärt.

Baden.

Karlsruhe, 10. März. Nach einer Aufstellung des „Volksfreund" haben die neun Fliegerüberfälle auf Karlsruhe an Opfern 164 Tote und 326 Verletzte gefordert, davon der Fliegerüberfall am 15. Juni 1916 30 Tote und 55 Verletzte, der Ueberfall am 22. Juni 1916 117 Tote und 152 Verletzte, am 31. Mai 1918 5 Tote und 100 Verletzte, am 22. August 1918 10 Tote 3 Verletzte.

(-) **Karlsruhe,** 11. März. Der Gauturntag des Karlsruher Turngaues, bei welchem 25 Gauvereine mit 80 Abgeordneten vertreten waren, beschloß die Erhöhung der Gausteuer von 15 auf 24 Pfg. für jedes Mitglied.

(-) **Mannheim,** 11. März. Die hiesige Staatsanwaltschaft erläßt soeben eine Aufforderung, in welcher sie im Interesse der ganzen Bevölkerung dringend um Mitteilung bittet, durch welche die Ermittelung der an dem Putsch vom 22. Februar aus dem Gefängnis entsprungenen gemeingefährlichen Verbrecher ermöglicht wird. — Letzter Tage ist es gelungen, zwei Kraftwagen einzuholen, die mit Lebensmitteln, Kleidungsstücken usw. beladen waren, Gegenstände, die aus dem Landesgefängnis bei den Plünderungen fortgeschleppt worden waren.

(-) **Mannheim,** 11. März. Außer dem Spartakist Stolzenburg ist auch noch der „Kommandant" Fuchs der Spartakisten-„Garde" aus Mannheim verschwunden. — Da sich nun auch die Kommission der Ausgewiesenen aufgelöst hat und ein Teil von ihnen der Stadt den Rücken gekehrt, der andere Teil, darunter der bekannte Grünberg, der Organisator der „Ausgewiesenen-Demonstrationen", noch aus Mannheim wegziehen wird, dürfte die Ordnung und Ruhe erhalten bleiben.

(-) **Mannheim,** 11. März. Geistige Arbeiter beiderlei Geschlechtes haben sich hier zu einer neuen politischen Partei, der Partei der geistigen Arbeiter Deutschlands „Badischer Ring" zusammengetan. Die Gründungsversammlung der Landespartei soll am Dienstag abend in einer Versammlung im Nibelungensaal erfolgen.

(-) **Heidelberg,** 11. März. Hier wurde in einer Wohnung das allein anwesende Dienstmädchen von einem unbekannten Manne überfallen und mit einem narkotischen Mittel betäubt. Der Gauner stahl verschiedene Gegenstände und verschwand.

(-) **Heidelberg,** 11. März. Die in ihrer Wohnung mit schweren Verletzungen aufgefundene 47jährige Witwe Maria Zeller ist inzwischen gestorben. Sie ist das Opfer eines Mörders geworden, von dem noch keine Spur gefunden ist.

(-) **Schwetzingen,** 11. März. In Neckarau sind zwei Schwetzinger Einwohner verhaftet worden, die umfangreiche Stoffdiebstähle ausgeführt haben. Es wurden bei ihnen für etwa 12000 Mk. Stoffe beschlagnahmt.

(-) **Freiburg,** 11. März. In der Mitgliederversammlung des Landesverbands der badischen Textilindustrie führte Direktor Baumgartner aus Emmendingen aus, daß die Zwangswirtschaft unerträglich sei und eine weitere Erdrosselung des Wirtschaftslebens mit sich bringe. Eine Rundfrage habe ergeben, daß die badische Textilindustrie, die etwa 40 000 Arbeiter zähle, im Durchschnitt nur zu etwa 15 Prozent beschäftigt sei. Ferner seien durchschnittlich nur noch für etwa 2 Monate Rohstoffe vorhanden.

(-) **Singen-Hohentwiel,** 11. März. In den letzten Tagen wurde nach einer Meldung der „Breisg. Ztg." wiederum ein Kapitalist, bayerischer Industrieller, der 75 000 Mk. in Papier und 1400 Mk. in Silber nach der Schweiz schmuggeln wollte, von Truppen des deutschen Grenzschutzes angehalten und verhaftet. Der Geldbetrag wurde beschlagnahmt.

(-) **Hechingen,** 11. März. (Keine Kartoffelabgabe.) In einer Versammlung der Gemeinde Hechingen wurde beschlossen, gegen die Ausfuhr der noch fälligen 20 000 Zentner Kartoffeln aus den Bezirken Hechingen-Haigerloch nach Württemberg zu wirken, da bis Anfang April der Brotgetreidevorrat aufgebraucht sein werde.

Württemberg.

(-) **Stuttgart,** 10. März. (Eisenbahnerverband.) Die gestrige Vollversammlung des alten und neuen Eisenbahnerverbands hat die endgültige Vereinigung beider Verbände gutgeheißen und die neuen Verbandssatzungen genehmigt. Unterstaatssekretär Hizler erklärte, die Regierung legen großen Wert darauf, nur organisierte Leute im Betrieb zu haben. Die Mitgliederzahl des Verbands beträgt über 12000, der Verband ist damit die stärkste Organisation unter den württ. Staatsangestellten. Zu Vorständen wurden gewählt: Zugführer Blicher, Weichenwärter Bock-Lorch, Gepäckarbeiter Klein-Stuttgart und Hilfswärter Laub-Leutkirch; als Verbandssekretär wurde Abg. Groß bestellt. Die verschiedenen Wünsche des Verbands wurden in mehreren Entschließungen zusammengefaßt. In der Frage der Reichseisenbahnen wurde die Verbandsleitung beauftragt, dahin zu wirken, daß unter allen Umständen eine besondere Unterabteilung für das württembergische Verkehrswesen gebildet werden und für die Behandlung der Personalfragen die württ. Regierung und der Landtag zuständig bleiben soll.

(-) **Stuttgart,** 11. März. (Schubpol.) Durch die Schubpol wurden im Februar Werte von insgesamt 804 984 Mk. gerettet (im Januar 640 130 Mk.). Darunter befindet sich Privatgut im Wert von 90 968 Mk.

(-) **Eßlingen,** 11. März. (Absetzung.) Den Anhängern der Unabh. soz. Partei ist es gelungen, in einer Hauptversammlung des Metallarbeiterverbands mit 306 gegen 246 Stimmen die Absetzung des seitherigen Geschäftsführers Stuber durchzusetzen. An seiner Stelle wurde ab 1. Juni Kind zum ersten Vorsitzenden gewählt.

(-) **Backnang,** 11. März. (Schwere Kriegsopfer.) Von den rund 500 ins Feld gezogenen Seminaristen des hiesigen Lehrerseminars sind 130 fürs Vaterland gefallen.

(-) **Neuffen,** 11. März. (Nichts ist mehr sicher.) Durch Diebe wurde die Wirtschaftshütte von Steiner auf dem Hohenneuffen erbrochen und nicht bloß die Vorräte, sondern auch die Einrichtung des Ritterstübchens gestohlen.

(-) **Tübingen,** 11. März. (Kundgebung der Studierenden.) Eine große Versammlung der Studierenden der Universität Tübingen beschloß eine Erklärung, in der u. a. gesagt ist: Die bisherige Zurückhaltung der Studierenden darf nicht als Gleichgültigkeit oder Gegensatz gegen die politische Neuordnung aufgefaßt werden. Die Studierenden stehen auf dem Boden des deutschen Volksstaats und wollen mit den Volksgenossen dafür arbeiten, daß die großen Hoffnungen auf die neue Zeit verwirklicht und nicht durch Umsturzversuche von rechts oder links zerschlagen werden. Die Tyrannei des internationalen Großkapitals muß endgültig gebrochen werden; oberster Grundsatz der Neugestaltung soll das Wohl der Gesamtheit sein. Es muß zu einer gründlichen Bodenreform geschritten, das Recht der arbeitenden Bevölkerung an der Lösung der wirtschaftlichen Fragen und der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse muß gesetzlich festgelegt werden. Die bolschewistischen Ideen können nur durch Verbreitung wahrheits- und wirklichkeitsgemäßerer Ideen widerlegt werden. Die Studierenden wollen künftig regelmäßig mit Männern aller Parteien in Verbindung treten und die Kommilitonen aller deutschen Hochschulen zu gleicher Stellungnahme veranlassen.

(-) **Calw,** 11. März. (Protest.) Die Gemeindekollegien haben anläßlich des erstmaligen Erscheinens eines Vertreters des Arbeiterrats in ihrer Sitzung einstimmig beschlossen, bei der Regierung Protest dagegen einzulegen, daß einzelnen Berufsständen besondere Rechte eingeräumt werden, die dem von der jetzigen Regierung Württembergs verkündeten demokratischen Regierungsgrundsatz widersprechen.

(-) **Crailsheim,** 11. März. (Beschlagnahmt.) Zwei durchfahrenden Militärbeamten wurde die Summe von 800 000 Mk. in türkischen Wertpapieren abgenommen und gleichzeitig die mitgeführten Papiere, Geschäftsbücher usw. beschlagnahmt.

Vom Holzmarkt.

Marktpreise. Der Nutzholzmarkt hat sich in den letzten Tagen noch mehr gefestigt. Der Preis des Nadelstammholzes bewegt sich im Landesdurchschnitt weiterhin zwischen 120 und 130 Prozent der Forstpreise. Dies entspricht jedenfalls beim Starkholz nicht der allgemeinen Preisbewegung; denn auf dem Schnittwarenmarkt sind die Preise weiter im Anziehen. Dies bestätigen auch die Nadelholzverkäufe in Bayern, wo jetzt Erlöse zwischen 150 und 160 Prozent die Regel sind. Die vergleichsweise niedrigen Preise im eigenen Lande, namentlich im Schwarzwald, sind auf die Wirkung fester Ringbildung und die Folge der Stammholzbeschlagnahme zurückzuführen, von der bekanntlich Bayern nicht betroffen war. Für schönes Eichenholz hat sich der Liebhaberkreis noch erweitert. Beim Rotbuchenholz 1. bis 3. Klasse sind jetzt die Forstpreise erreicht, während die Nachfrage nach Erlen-, Pappel- und Espenholz noch gestiegen ist; namentlich letzteres wäre in frischem Zustand und bei größerem Angebot von Zündholzfabriken sehr begehrt. Für Nadelholzstangen sind bei örtlichem Absatz 125 bis 130 Prozent erlöst worden. Da aber der Handel noch nicht recht aufnahmefähig zu sein scheint, sollte übergroßes Angebot vermieden werden. Da wäre die Aufbereitung zu Papierholzrollen vorzuziehen; für diese können jetzt bei 1. Klasse 35—38 Mk., 2. Klasse 30—35 Mk. für 1 Raummeter in entrindetem Zustand erlöst werden, unentrindet etwa 3 Mk. weniger. In Bayern werden 130 bis 140 Prozent des Anschlags bezahlt. Eichenschichtholz ist noch begehrt als Gerbstoffmaterial; man wende sich an den Gerberverein! Die bisher nicht verwerteten Holzlager der Heeresverwaltung sind nun tatsächlich zum Austausch an unsere Gegner für Lebensmittel vorgesehen. Der Württ. Waldbesitzerverband, der die Interessen auch des kleinen Waldbesitzers vertritt, vermittelt Holz, Samen und Pflanzen; es erteilt jederzeit Auskunft die Geschäftsstelle in Tübingen.

Mutmaßliches Wetter.

Die Störungen sind noch nicht aufgelöst. Am Donnerstag und Freitag ist zwar zeitweilig aufheiterndes, aber vorwiegend bedecktes und mit vereinzelten Niederschlägen verbundenes Wetter zu erwarten.

Ein Verbrechen an Volksgenossen.

D.P.C. Der Massenausstand in Berlin ist ein Verbrechen, ein Verbrechen, das umso größer ist, weil es sich gegen Volksgenossen richtet. Eine kleine Minderheit terrorisiert die große Mehrheit durch die Stillegung des ganzen Wirtschaftslebens. Der Spartakusbund ist die treibende Kraft. Aber allein würde er wenig ausrichten, wenn nicht die unabhängigen Sozialdemokraten ihm als Helfershelfer dienten. In der Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte hat am Donnerstag der Spartakusbund beantragt, den Ausstand auszudehnen auf die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, alle Kommandogewalt den A.- und S.-Räten zu übertragen und die Verhandlungen mit der Regierung sofort abzubrechen. Der Antrag auf Ausdehnung des Streiks auf Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke wurde tatsächlich angenommen, obgleich die Vertreter der Mehrheitssozialisten erklärt hatten, daß sie im Fall der Annahme dieses verbrecherischen Anschlags den Saal verlassen und die weitere Teilnahme am Ausstand ablehnen würden. Als der Beschluß gefaßt war, entfernten sich die Mehrheitssozialisten und überließen den radikalen Elementen das Feld. Auch bei diesem Beschluß trifft die Schuld vor allem die unabhängigen Sozialdemokraten, die vorher in ihrer Fraktion mit allen gegen 5 Stimmen sich für die Ausdehnung des Ausstandes auf Wasser-, Gas- und Elektizitätswerke ausgesprochen hatten. Man bedenke, was ein Streik der Wasser- und Gaswerke in einer Großstadt bedeutet. In vielen Haushaltungen Berlins gibt es Brennmaterialien wie Holz oder Kohlen überhaupt nicht. Gekocht wird mit Gas oder Elektrizität, wird die Benützung dieser Brennstoffe unterbunden, so ist die Zubereitung von Speisen unmöglich, vor allem in einer Zeit der Not, in der Lebensmittel zur Bereitung kalter Speisen kaum zur Verfügung stehen. Vor allem aber legt die Einstellung des Betriebs in den Wasserwerken das Wirtschaftsleben und Privathaushalt völlig lahm. Denn die Zahl der Straßenbrunnen ist viel zu klein, als daß sie zur Versorgung der Privathaushaltungen irgendwie in nennenswerten Umfang in Betracht kommen könnten. Ohne Wasser und Gas zum Waschen und zur Speisebereitung sind namentlich die kleinen Kinder zum raschen Tode verurteilt. Wir haben uns über die Grausamkeit Englands entrüstet, das durch die Verhängung der Hungerblockade den Tod von Hunderttausenden von Kindern und Greisen in Deutschland verschuldet hat. Viel grausamer und verbrecherischer aber ist jetzt das Verhalten der Streikführer in Berlin, die durch Ausdehnung des Ausstands auf Gas- und Wasserwerke und durch Unterbindung der Lebensmittelzufuhr in Folge erzwungener Einstellung des Bahnverkehrs den Hungertod über Volksgenossen verhängen. So war das Bild am Freitag mittag. Doch waren erfreulicherweise Anzeichen erkennbar, die auf ein nahes Ende des Ausstands hindeuteten. Freilich ist der Abbruch des Ausstands nicht gleichbedeutend mit einem Ende des Kampfes. Besten Falls tritt Waffenruhe ein.

D.P.C. **Stuttgart,** 11. März. (Demokratischer Weingärtnerbund.) Weitere Versammlungen der Deutschen demokratischen Partei fanden in letzter Zeit statt am 28. Februar in Obertürkheim und Uhlbach und am 1. März ds. Js. in Fellbach, in denen Rechtsanwalt Dr. Erlanger-Stuttgart einen aufklärenden Vortrag über die „Weinpreisverordnungen" hielt. Gemeinderat Eberhard Krämer über den Zusammenschluß der Weingärtner, und Herr Paul Ilg-Stuttgart über „unsere wirtschaftliche Lage" unter lebhafter Zustimmung sprachen. In Fellbach, wo die Versammlung von Herrn Fabrikant Mayer geleitet wurde, hielten außerdem Schultheiß Wendel-Schnaith, in Uhlbach Handelsgärtner Carl Haußmann-Stuttgart mit großem Beifall aufgenommene Ansprachen.

D.P.C. **Die politische Betätigung der Beamten.** Ueber die politische Betätigung der Beamten ist unter dem 20. Februar 1919 eine Verordnung des preußischen Kriegsministeriums ergangen, die im Wortlaut mitgeteilt zu werden verdient. Sie besagt:

„Für die politische Betätigung der Beamten ist der Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 maßgebend. Danach unterliegt das Vereins- und Versammlungsrecht keiner Beschränkung, eine Zensur findet nicht statt und auch die Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.

Die Beamten müssen aber bei ihrer politischen Betätigung die Grenzen innehalten, die ihnen die Rücksicht auf die Unparteilichkeit ihrer Amtsführung auferlegt. Unzulässig ist jede Verquickung amtlicher und politischer Tätigkeit. Insbesondere darf das Vorgesetztenverhältnis zu einer Einwirkung auf die politische Gesinnung und Tätigkeit dienstlich unterstellter Personen; z. B. bei den Wahlen, mißbraucht werden."

D.P.C. **Die Schuld am Kriege** und die Verantwortlichkeit für alle Geschehnisse seit Ausbruch des Kriegs untersucht Paul Rohrbach in seiner bei J. Engelhorns Nachf.-Stuttgart erschienenen Schrift „Woher es kam" und es hebt dieselbe ein bestimmte und besonders verhängnisvolle Reihe von Verschuldungen heraus: Belege der Unfähigkeit aller unserer einander folgenden Regierungen, politische Mittel für die Kriegführung wirksam zu machen. Der Verfasser bleibt aber nicht bei einer negativen Kritik stehen, sondern weist darüber hinausgreifend die Wege, die wir gehen müssen, sollen wir uns von diesem furchtbaren Niederbruch erholen.

Vermischtes.

Regierung und goldene Hochzeiten. Bisher war es in Baden üblich, daß alle würdigen Ehepaare anläßlich der Feier ihrer goldenen Hochzeit vom Großherzog durch Verleihung seines Bildes oder einer Erinnerungsmedaille oder im Falle der Bedürftigkeit durch ein Geldgeschenk erfreut wurden. Die badische vorläufige Volksregierung wird diese schöne Uebung auch künftig wenn auch in geänderter Form, beibehalten. An Stelle der Verleihung einer Erinnerungsmedaille oder eines Bildes wird künftig der Ministerpräsident ein Glückwunschschreiben an das Jubelpaar richten, während Bedürftige außerdem ein Geldgeschenk von 50 Mk. erhalten werden.

Antrag auf Abschaffung der Beamtenpensionen. Der Volksrat in Konstanz hat bei den mehrheitssozialistischen Fraktionen der deutschen und der badischen Nationalversammlung den Vorschlag eingereicht, die bestehenden Pensionen zwar noch an belasten, es

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

soll aber keine Pension den Betrag von 300 Mk. monatlich übersteigen. Für alle neuanzustellenden Beamten soll die Pension abgeschafft werden, dagegen sollen sie ein Gehalt beziehen, das ihnen Ersparnisse für das Alter ermöglicht.

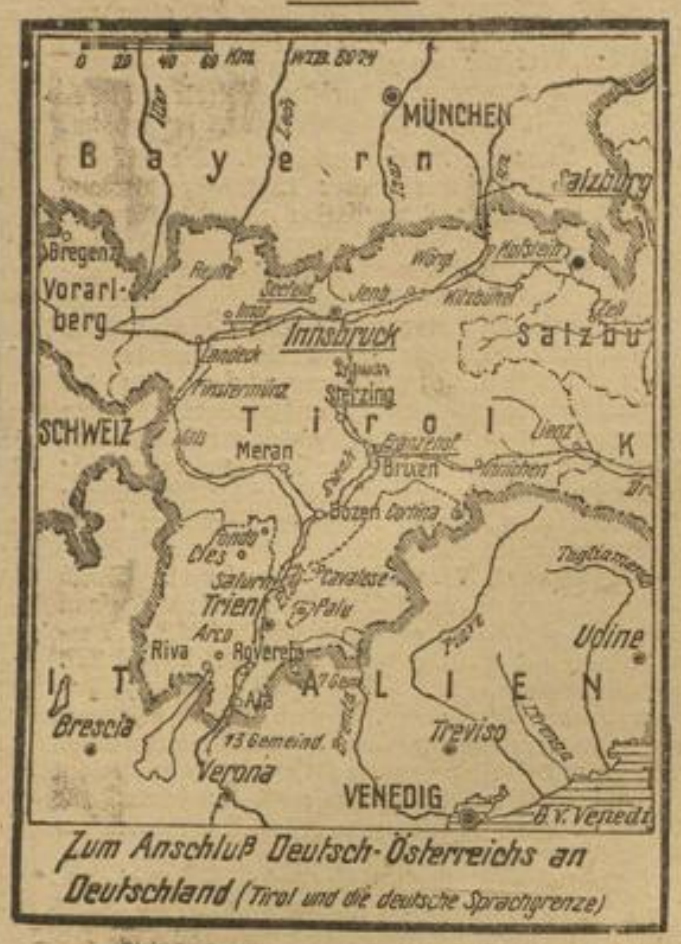
Mord und Selbstmord. Der 24 Jahre alte Leutnant d. R. Rudolf Monke in Berlin versuchte die 27 Jahre alte Kontoristin Frida Milschke mit einer Pistole zu erschießen und verletzte sie schwer an der linken Kopfseite. Dann feuerte er zwei Kugeln auf sich selbst ab, die ihm in die linke Brust drangen. Beide wurden in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

— **Nachricht aus Rumänien.** Nach amtlicher Nachricht befinden sich in Rumänien und in den von den Rumänen besetzten Gebieten keine deutschen Truppen mehr. Das noch zurückgehaltene Sanitätspersonal, ungefähr 250 Aerzte, Krankenpfleger und Krankenschwestern, wird bald nach Deutschland zurückgeschickt werden. Es verbleiben dann noch 1500 Soldaten in Behandlung, von denen die meisten geheilt sind. Diese werden mit den Zügen, die die rumänischen Gefangenen zurückbringen, nach Deutschland geschickt werden.

— **Zur Lehrlingsfrage** schreibt uns der „Bund deutscher Schuhmacher-Innungen": Bei manchem gewerblichen Berufe hat es sich in diesem Weltkrieg gezeigt, wie nützlich und zweckdienlich sie im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse wirken können. Zu diesen Berufen gehört auch das Schuhmacherhandwerk. Bis zum Weltkrieg eines der unlohnendsten und darum unbegehrtesten, hat es sich in den vier Kriegsjahren zu einem Gewerbe durchgerungen, das bei genügender Tüchtigkeit sehr wohl seinen Mann nährt. Es kommt weiter dazu, daß man auch nach der materiellen Seite hin im Schuhmacherhandwerk ernstlich bemüht ist, das Lehrlingswesen einer Vervollkommnung entgegen zu führen, so daß auch hier die Möglichkeit auf baldiges Geldverdienen gegeben ist. Das Schuhmacherhandwerk wird aber auch noch dann einer besonders günstigen Entwicklung entgegengehen, wenn es Lehrlinge mit guter Schulbildung erhält. Und man steht heute im Gewerbe ziemlich allgemein auf dem Standpunkt, daß man nur Lehrlinge mit guter Schulbildung aufzunehmen bereit ist. Da die Zeit nahe ist, wo wieder über die Wahl eines Berufs für die schulentlassene Jugend Entscheidung getroffen werden muß, so seien Eltern und Vormünder auf diese Verhältnisse besonders hingewiesen.

— **Mittel für die Rebschädlingsbekämpfung.** Nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsamts darf angenommen werden, daß die Versorgung der badischen Winzer mit den zur Bekämpfung der Rebschädlinge notwendigen Mittel auch für dieses Jahr sichergestellt ist. Die Zuteilung des Kupfervitriols wurde wieder von der Abnahme einer bestimmten geringen Menge Perozid abhängig gemacht. Der Bezug der Bekämpfungsmittel erfolgt wiederum durch die landw. Organisationen.

— **Heuabgabe an das Reich.** Nach einer Mitteilung der Regierung ist der badischen Landwirtschaft eine Auflage zur Lieferung von 120 000 Doppelzentner Heu bis 1. August 1919 an Truppen hinter der neutralen Zone gemacht worden. Angesichts der schon seit langem bestehenden Futternot, bittet die badische Landwirtschaftskammer die Regierung darauf hinzuwirken, daß den bad. Landwirten ihre Heubestände belassen werden, da sonst Abschlachtungen und eine die spätere Produktion gefährdende Verringerung des Nutz- und Zuchtviehstandes unumgänglich sind. Die ungeheuerlichen Heupreise, die außerhalb der amtlichen Preise neuerdings in Erscheinung getreten sind, beweisen, daß in Baden die Heunot sehr groß ist.



Zum Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland (Tirol und die deutsche Sprachgrenze)

— **Schnellzug Baden—Berlin.** Nach der Mitteilung der Generaldirektion sollen die früheren Züge D 37 und D 38 über Würzburg wieder eingerichtet werden. Vorerst konnte aber die Führung die Züge nur bis Weimar erreicht werden. Die Durchführung nach Berlin ist in Aussicht gestellt, sobald es der Bestand an betriebsfähigen Lokomotiven zuläßt. Da die bayerische Eisenbahnverwaltung die Stellung einer Lokomotive für die bayerische Strecke als unmöglich erklärt hat, wird das Zugspaar auch auf der Strecke Würzburg—Schweinfurt von badischen Lokomotiven geführt. Die preußische Verwaltung übernimmt die Beförderung von und bis Schweinfurt.

— **Schnellzug Stuttgart—Weimar.** Zur Herstellung einer Schnellzugsverbindung zwischen Stuttgart und Weimar über Würzburg verkehrt vom 10. März ab ein Schnellzugspaar. Der Zug fährt 8.38 Uhr abends in Stuttgart ab und kommt 6.55 Uhr morgens nach Weimar. Der Gegenzug fährt abends 10.25 Uhr in Weimar ab und kommt 9 Uhr vormittags in Stuttgart an. In Ludwigsburg und Bietigheim hält der Zug nach Weimar nur zum Einsteigen, der Zug von Weimar nach Stuttgart nur zum Aussteigen. Die Züge führen einen Schlafwagen und Wagen 1.—3. Klasse zwischen Stuttgart und Weimar.

— **Kohlen und Torf.** Im Haushaltausschuß der deutschen Nationalversammlung wurde bei der Beratung des Kohlengesetzes festgestellt, daß als Kohle im Sinne des Gesetzes Steinkohlen, Braunkohlen, Preßkohlen und Koks gelten. Brenntorf kommt vorerst nicht in Betracht; er wird als Kraftquelle angesehen und voraussichtlich einem besonderen Gesetz unterworfen.

Aus dem Regen in die Traufe. Einem Ungarn, der in Wörishofen sich einquartiert hatte, war die Spartakistenangst in die Glieder gefahren. Er wandte sich an den bayrischen Kriegsminister um Hilfe und dieser schickte auch ein Schutzkommando von Matrosen. Aber die Matrosen ließen es sich so wohl sein, daß die übrigen Kurgäste schleunigst das Feld räumten. Und so stand Wörishofen da mit einem Trupp Matrosen und einem Ungarn. Nun wandte man sich abermals ans Kriegsministerium, es möchte doch ums Himmels willen die Schutztruppe wieder abberufen werden, „die nur den ganzen Tag esse". Das geschah dann bald darauf und jetzt kehrten auch die Kurgäste wieder zurück.

Taft über den Völkerbund.

Paris, 10. März. (Havas.) Der Vertreter des „Matin" in Neuyork hatte eine Unterredung mit dem ehemaligen Präsidenten Taft über den Völkerbund. Taft ist der Meinung, daß durch den Völkerbund die Wahrscheinlichkeit weiterer Kriege fast völlig beseitigt wird. Er begreift die Besorgnisse, die Frankreich als Nachbar Deutschlands hegt, bemerkt aber, daß die Vereinigten Staaten dem Vorschlag einer die Ostgrenzen überwachenden internationalen Polizei nicht zustimmen können, da die nationalen Kräfte erst nach erfolgter Kriegserklärung dem Befehl des Führers des Völkerbunds unterstellt werden können. Taft steht dem Wunsch Frankreichs, den Völkerbund so stark wie möglich zu gestalten, freundlich gegenüber, bezweifelt aber, daß Deutschland den Angriff von 1914 wiederholen könne, da sich die Verhältnisse in Deutschland von Grund aus geändert haben. Taft erklärte weiter, er glaube, daß der in Paris aufgestellte Vertrag von den Vereinigten Staaten unter der Bedingung angenommen werde, daß eine Abänderung im Sinn der Monroedoktrin erfolge, was dem allgemeinen Geiste des Projekts indessen keinerlei Eintrag tun würde. Die Vereinigten Staaten würden sich einem Bund nicht anschließen können, der ihnen bei der Ausübung der Polizei in Europa nicht das Zusammenwirken mit anderen amerikanischen Nationen sichern würde. Taft erklärte sich einverstanden mit der Verhängung der wirtschaftlichen Ausschließung über die Verletzer des Vertrags, doch ist er gegen die Anwendung von Waffengewalt. Er wünscht die Aufnahme einer Bestimmung, die jeder amerikanischen Nation verbieten würde, sich ihrer Unabhängigkeit oder eines Teils ihrer Gebiete zu entäußern. Betreffend die Gültigkeitsdauer des Vertrags wäre ebenfalls eine Bestimmung aufzunehmen und ferner eine Bestimmung, daß jede Nation ihren Austritt aus dem Bunde erklären kann, z. B. mit zweijähriger Kündigungsfrist. Taft regte noch einige andere Verbesserungen an, die jedoch an dem Geiste des Vertrags nichts ändern würden.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Wohnungsfürsorge.

Da sich hier ein Mangel an Wohnungen zeigt ergehen vorläufig folgende Anordnungen:

1. Hausbesitzer, welche leerstehende Wohnungen oder Zimmer zu vermieten haben, haben dies binnen 3 Tagen auf dem Rathaus anzumelden.

2. Mieter, welche auf 1. Januar ds. Js. keine Wohnung finden konnten und daher in ihrer seitherigen Wohnung verbleiben mußten, und solche, welche die Wohnung auf 1. April ds. Js. gekündigt ist, ohne daß sie bis jetzt eine Wohnung finden konnten, haben dies ebenfalls binnen 3 Tagen auf dem Rathaus anzuzeigen.

Hausbesitzern, welche ihre Zimmer wegen zu großer Entfernung von den Bädern, ungeeigneter Bauweise usw. an Kurgäste bisher nur schwer vermieten konnten und die bei den jetzigen Verhältnissen kaum noch Aussicht haben, Kurgäste zu bekommen, wird dringend empfohlen, ihre Wohnungen künftig an Familien zu vermieten. Gelegenheit zu günstiger Veräußerung ihrer Möbelstücke ist hier genügend vorhanden, da viele junge Paare heiraten möchten.

Die Stadtgemeinde wird noch im Laufe dieses Jahres mehrere Arbeiterwohnhäuser erbauen, wodurch eine größere Anzahl Wohnungen geschaffen werden wird.

Wildbad, den 11. März 1919.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Sämtliche

Kaufleute, Buchhalter, Kontoristen,

sowie alle sonstigen **kaufmännischen Angestellten** von Wildbad, welche z. Zt. stellenlos oder nicht in ihrem Beruf tätig sind, werden zu einer

Besprechung

am **Mittwoch den 12. März abends 8 Uhr** in das obere Restaurant des Gasthauses zur Sonne eingeladen.

Es liegt im Interesse jedes einzelnen Herrn, pünktlich erscheinen zu wollen, da äußerst wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind.

Ein Kriegsteilnehmer.

Zur **Frühjahrsbestellung** empfehle in nur prima Saatgut

Stangenbohnen, Buschbohnen

in div. Sorten, sowie

Carotten, Zwiebel, Mangold

und sonstige **Gemüsesämereien.**

Martin Gauß Gärtner.

Wildbad

Freiwillige-Versteigerung

Die Erben des verst. Wilh. Lutz Schuhmachermeisters hier bringen am

Montag den 17. März von vorm. 9 Uhr an

folgende Gegenstände zum Verkauf.

versch. Feldgeschirr, 1 Karren 1 eißener Schaltkarren, 1 Heuschlitten, 1 hölzerne neue Futterkrippe samt Raufe, 1 partie Sägmehlbretter und Schwarten, zirka 2 Kupikmeter Sägmehl, 1 partie Säcke, 1 kleinerer Herd, 1 partie leere Kisten, 3 Sägmehlkörbe, 3 Leitern, 1 starkes Hanfseil samt Rolle, 2 starke Ketten, 3 Meter tannenes Holz, 1 Griff 1 Tragbahre, 1 partie ältere Ziegel, 2 bereits neue Scheuern (zum Abbruch).

Weiter werden im Laden versch. Gegenstände, wie Ladeneinrichtung, Kriegsstiefel, Einlegsohlen usw. verkauft.

Ferner beabsichtigen die Erben einen Acker mit Scheuer am Blöcherweg zu verkaufen, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Eisenbahn- Unterbeamten

Obmannschaft Wildbad.

Am Samstag den 15. und Sonntag den 16. März findet im Saale Gasthaus zur alten Linde unsere

Abend-Unterhaltung

verbunden mit **Begrüßungs-Feier** der heimgekehrten Mitglieder und Theater- und Gesangs-Aufführungen, statt; wozu wir die verehrte Einwohnerschaft höflichst einladen.

Anfang Samstag um ½ 8 Uhr.

Sonntags Saalöffnung ½ 4 Uhr anfang um 4 Uhr

Die Vorstandschaft!

N.B. Um einer Ueberfüllung des Saales vorzubeugen, haben wir uns entschlossen die Feier an 2 Abenden stattfinden zu lassen, und bitten um zahlreichen Besuch.

Die Obmannschaft Wildbad.

Alleinverkauf.

Für **geschützten, hochaktuellen Gebrauchsartikel** der **Möbelbranche** soll die **Allein-Niederlage für Wildbad** und Umgegend vergeben werden. Fabrikation erfolgt durch eine **der größten Holzbearbeitungsfabriken** Deutschlands. Es wird auf die zu entrichtenden Lizenzgebühren je nach Größe des Bezirks eine Anzahlung von Mk. 1000 bis Mk. 3000 verlangt. Geeignete Bewerber **möglichst mit Laden** wollen gefl. Angebote einreichen unter **H. P. 808** an **Rudolf Mosse Stuttgart.**

Hypotheken-Darlehen

an pünktliche Zinszahler abzugeben.

Stahl & Federer Aktiengesellschaft

Filiale Wildbad.

Wir suchen

für kaufkräftige Reflektanten: verkäufl. Villen, Landhäuser, Wohn- und Geschäftshäuser, mit u. ohne Geschäft, Mühlen, Landgüter, Fabriken, Sägewerke, Hotels und Wirtschaften. Nur Selbstbesitzer solcher Objekte bitten wir, sich umgehend mit uns in Verbindung zu setzen.

Grundstücks-Offerten-Verlag Frankfurt a. M. Schillerhof

Kein Zeitungsunternehmen.

Kautschuk-Stempel

empfiehlt **G. W. Bott.**

Autogenschweißerei Ries u. Co.

Lerchenstraße 73 **Stuttgart**

übernimmt

Reparatur von Maschinen, Motoren und Zylindern in allen Metallen.

Kautaback

(rein)

ist in unseren beiden Geschäften fortwährend zu haben.

Chr. Schmid u. Sohn

Tabakwarengroßhandlung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw